

Niederschrift

**über die 34. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt
am Mittwoch, den 31. Oktober 2007, 18:00 Uhr,
im Bürgersaal des Rathauses**

An der Sitzung haben teilgenommen

a) vom Ausschuss:

Mitglieder der Stadtvertretung

Thomas Vorbeck (Vorsitzender)
Friedrich Cochanski
Hans-Joachim Cords
Joachim Wilken-Kebeck
Volker Sprick (ab 18:15 Uhr)
Wolfgang Ulverich (ab 18:20 Uhr)

Bürgerliche Mitglieder

Walter Hyka
Thomas Krüger

Mitglied mit beratender
Stimme

Heino Pfeiffer

nicht teilgenommen:

Uwe Jansen
Hauke Marxen
Wolfgang Juhls

b) von der Stadtvertretung:

Günter Winter
Bruno Haaks (bis 20:50 Uhr)
Annelie Eick
Luzian Roth

c) von der Verwaltung:

Bürgermeister Hans-Joachim Hampel
Abteilungsleiterin IV Antje Langethal

d) Protokollführung:

Ute Heldt

e) vom Seniorenbeirat:

Hermann Bauer (bis 20:45 Uhr)
Karin Am Wege

f) als Gäste:

2 Vertreter der Presse, Frau Isa Reher

g) Bürgerinnen und Bürger:

11 - 13 Personen

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bauen und Umwelt, Herr Vorbeck, eröffnet die Sitzung um 18:05 Uhr, begrüßt die Gäste und alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses sowie die form- und fristgerechte Ladung fest.

Zu Beginn der Sitzung hält Frau Isa Reher einen Vortrag zu dem Thema „Kommunaler Klimaschutz“, der aufgrund des Antrages der SPD-Fraktion organisiert wurde. Eine Kurzfassung dieses Vortrages wird dem Protokoll als **Anlage (1)** beigelegt. Herr Vorbeck bedankt sich bei Frau Reher für den interessanten Vortrag; nach kurzer Unterbrechung wird die Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt um 19:20 Uhr fortgesetzt.

Hinsichtlich der vorliegenden Tagesordnung gibt Herr Vorbeck die folgenden Änderungen bekannt: Die Tagesordnungspunkte 9 und 14 werden abgesetzt; als TOP 11b wird der Antrag des Seniorenbeirates vom 15.10.2007 zusätzlich aufgenommen. Die Änderung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 29. August 2007

Die o.g. Niederschrift des Ausschusses für Bauen und Umwelt wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	1

TOP 2: Neuer Bahnhof Bad Segeberg - Weiteres Vorgehen

Frau Langenthal erläutert die wesentlichen Eckpunkte der Vorlage.

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt empfiehlt der Stadtvertretung den nachfolgenden Beschluss:

1a) unverzögliche Realisierung durch die Stadt Bad Segeberg

Die Stadt Bad Segeberg errichtet vor dem Hintergrund der städtebaulichen Aufwertung sowie der Wirtschafts- und Tourismusförderung unverzüglich einen Neuen Bahnhof (zentrales Gebäude ohne Nebendach) auf Grundlage des prämierten Wettbewerbsbeitrages des Architekturbüros Simonsen & von Elverfeldt. Die Realisierung erfolgt investorenunabhängig. Fördermittel sind soweit möglich einzuwerben. Die Stadt Bad Segeberg übernimmt den verbleibenden Eigenanteil sowie die Folgekosten, d.h. die Kosten für Zinsen, Unterhaltung und den laufenden Betrieb, soweit diese nicht durch Erträge aus Grundstücksverkäufen (Teileigentum) oder Miete gemildert werden. Die Flächen bleiben im städtischen Eigentum, soweit nicht sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt für gewerbliche Nutzungen Teileigentum gebildet werden kann. Die Verwaltung wird gebeten, ein entsprechendes Finanzierungskonzept, das auch den Betrieb des Bahnhofes umfasst, vorzulegen [Variante 2.1 und / oder 2.2].

2) Parkplätze

Bezüglich der Parkplätze soll in dem Zusammenwirken mit Fördergebern und Investoren eine Lösung entwickelt werden, die eine Erschließung für Taxen, Kiss and Ride sowie Lieferverkehr bietet und zudem den Gewerbeeinheiten im Neuen Bahnhof zugeordnete Stellplätze ermöglicht. Der Bebauungsplan wird ggf. entsprechend geän-

dert. Es soll allerdings nicht die gesamte Fläche zwischen Zufahrt und Neuem Bahnhof zu Parkplatz umgewandelt werden, sondern wie auch in der bisherigen Planung vorgesehen, eine Gewerbefläche auf dem östlichen Silo-Grundstück für die Vermarktung verfügbar bleiben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	1
Stimmenthaltungen	0

TOP 3: Instandsetzung Parkhaus Am Landratspark

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt empfiehlt der Stadtvertretung den nachfolgenden Beschluss:

1. Als Sofortmaßnahme ist in dem Parkhaus „Am Landratspark“ durch ein Fachbüro zu prüfen, inwieweit kritische Schäden die Standsicherheit gefährden. Kritische Schäden sind festzustellen und zu beheben.
2. Für die Erhaltung ist zudem ein Instandsetzungskonzept zu erarbeiten. Die erforderlichen Mittel für die Beauftragung eines Fachbüros sind für den Haushalt 2008 anzumelden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0

TOP 4: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 83 (Einzelhandelsansiedlung) für das Gebiet westlich der Ziegelstraße, südlich der Dorfstraße, nördlich der Keltingstraße und östlich der Bebauung Wischhof - Abwägungs- und Satzungsbeschluss

Frau Heldt weist darauf hin, dass neben dem Satzungsbeschluss auch der Abwägungsbeschluss zu fassen ist.

Die Begründung wird hinsichtlich der Löschwassermenge von 70 cbm/ h redaktionell überarbeitet wird. Die Auskunft kam kurzfristig von der eon-Hanse und konnte in die versendete Fassung deshalb nicht eingearbeitet werden.

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt empfiehlt der Stadtvertretung den nachfolgenden Beschluss:

1. Die in der erneuten öffentlichen Auslegung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 83 für das Gebiet „westlich der Ziegelstraße, südlich der Dorfstraße, nördlich der Keltingstraße und östlich der Bebauung Wischhof (Einzelhandelsansiedlung)“ vorgebrachten Anregungen privater Personen (0 Eingang) sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (4 Eingänge) hat die Stadtvertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:

- a) Berücksichtigt werden die Anregungen / Stellungnahmen von:
- keine
- b) Teilweise berücksichtigt werden die Anregungen / Stellungnahmen von:
- Kreis Segeberg (1)
- c) Nicht berücksichtigt werden die Anregungen / Stellungnahmen von:
- Handwerkskammer Lübeck (2), Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr (3), Industrie- und Handelskammer zu Lübeck (4)

Die übrigen von den Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen enthalten weder Anregungen noch Bedenken und waren darum nicht in eine Abwägung einzustellen. Der Bürgermeister wird beauftragt, diejenigen, die Anregungen vorgebracht haben, sowie die Träger öffentlicher Belange, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches beschließt die Stadtvertretung den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 83 für das Gebiet „westlich der Ziegelstraße, südlich der Dorfstraße, nördlich der Keltlingstraße und östlich der Bebauung Wischhof (Einzelhandelsansiedlung)“ bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 83 durch die Stadtvertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0

Herr Cochanski war während der Abstimmung nicht anwesend.

TOP 5: Einzelhandelsentwicklungen in Bad Segeberg - Nahversorgungskonzept

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt empfiehlt der Stadtvertretung den nachfolgenden Beschluss:

- 1) Für die Stadt Bad Segeberg wird 2008 ein „Nahversorgungskonzept“ aufgestellt. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 10.000,- € werden in den Haushalt 2008 eingestellt.
- 2) Die planungsrechtliche Beurteilung neuer Vorhaben des Lebensmitteleinzelhandels ist bis zur Vorlage des „Nahversorgungskonzeptes“ zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	0
Nein-Stimmen	5
Stimmenthaltungen	3

Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

TOP 6: Prioritätenliste der Bebauungspläne und sonstigen Planverfahren für die Jahre 2007/ 2008 ff
- Beschluss über die Prioritäten bei der Bearbeitung von Planverfahren

Die lfd. Nr. 8 der Prioritätenliste (Nahversorgungskonzept) entfällt aufgrund des vorangegangenen Beschlusses.

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt empfiehlt der Stadtvertretung den nachfolgenden **geänderten** Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die anstehenden Bebauungsplanverfahren und sonstigen Planverfahren – **ausgenommen die lfd. Nr. 8** - gemäß beigefügter Prioritätenliste zu bearbeiten und die Stadtvertretung über Abweichungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0

TOP 7: Plünderung von Papierkörben durch Krähen

Es werden zwei Ansichtsexemplare vorgestellt.

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt empfiehlt der Stadtvertretung den nachfolgenden Beschluss:

Die vorhandenen Abfallbehälter sollen in dem Bereich Innenstadt / Kurhausstraße / Kurpark / Rennkoppel / Promenade / Backofenwiese mit Schutzhauben versehen werden. Eine Testphase mit ca. 30 umgerüsteten Abfallbehältern wird vorgeschaltet und die Angelegenheit anschließend erneut beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	1

TOP 8: Pflegeplan und Verschmutzungsvermeidungskonzept

Die CDU-Fraktion hat noch erheblichen Beratungsbedarf und bittet darum, dass der Tagesordnungspunkt verträgt wird. Die anderen Fraktionen schließen sich dem an.

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt empfiehlt der Stadtvertretung den nachfolgenden Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und zur nächsten Sitzungsrunde erneut vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0

TOP 9: Umnutzung einer innerstädtischen Fläche

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

TOP 10: Antrag SPD-Fraktion vom 16. Oktober 2007 - Verkehrssicherheit

Frau Langenthal legt dar, dass die Stadt eine Pflasterung in eigener Entscheidung vornehmen kann. Ergänzend gibt sie ein Gespräch wieder, das zwischen dem Kreis Segeberg und dem Ordnungsamt geführt wurde:

„Herr Hansen stellte klar, dass die Stadt Bad Segeberg frei ist in der Wahl des Straßenbelags. Allerdings warnt der Kreis eindringlich davor durch `optische Hinweise´ eine Sicherheit zu suggerieren, die es nicht gibt. Der Fußgänger fühlt sich als wenn er Vorfahrt hätte, hat er aber nicht. Gerade bei Schüler kann es dann zu Folgen kommen, die so nicht vorgesehen sind. Auf der anderen Seite können auch `überevorsichtige´ Autofahrer ihre Geschwindigkeit an den Markierungen zu stark verringern und es in der Folge zu Auffahrunfällen oder Aggressivitäten kommen.“

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt empfiehlt der Stadtvertretung den nachfolgenden Beschluss:

Die Stadt Bad Segeberg wird beauftragt, im Bereich der Geschwister-Scholl-Straße eine „Aufpflasterung“ auszuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0

TOP 11a: Antrag BBS-Fraktion vom 17. Oktober 2007 - Öffentliche Toiletten

TOP 11b: Antrag des Seniorenbeirates vom 15. Oktober 2007 - Situation der Behinderten-WC´s in der Kurstadt

Über beide Anträge wird gemeinsam beraten.

Herr Bürgermeister Hampel nimmt zu den Anträgen Stellung, und berichtet, dass der Stadtverwaltung das Thema nicht neu ist und die einzelnen Punkte bereits abgearbeitet werden. Der Einsatz von Euroschlössern für die Türschließenanlagen und Veröffentlichung aller behindertengerechten Toiletten im Internet befinden sich bereits in Umset-

zung bzw. Vorbereitung. Desweiteren werden z.Z. verschiedene Standorte für ein behindertengerechtes WC im Innenstadtbereich geprüft.

Herr Wilken-Kebek regt an, auch über Kooperationen mit Dritten nachzudenken. Er schildert ein Beispiel aus Wyk auf Föhr, wo Gastronomen ihre Toiletten gleichzeitig auch für die Öffentlichkeit zugänglich machen und dafür von der Stadt eine Zuwendung erhalten. So ein Beispiel wäre aus seiner Sicht möglicherweise auch auf Bad Segeberger Gastronomen oder Einzelhändler wie Kaufland, aufgrund der langen Öffnungszeiten, übertragbar.

Herr Bürgermeister Hampel berichtet, dass die Stadtverwaltung ganz aktuell einen Förderantrag für ein „Grünes Toilettenhaus“ an der Seepromenade beim Naturpark Holsteinische-Schweiz e.V. gestellt hat. Hinsichtlich der Mitfinanzierung ist hier ebenfalls eine Kooperation mit Dritten beabsichtigt.

Abschließend verweist die Verwaltung noch einmal auf die grundsätzliche Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 12: Mitteilungen und Bericht der Verwaltung

12.1 Design Outlet Center Neumünster

Herr Bürgermeister Hampel berichtet, dass bis zum 29. Oktober 2007 das im Rahmen der Bauleitplanung durchzuführende Beteiligungsverfahren der Stadt Neumünster für das geplante DOC/ FOC lief. Herr Prof. Dr. Ewer, Kiel, hat unter Federführung der Stadt Rendsburg ein Einwendungsschreiben vorbereitet, welches den umliegenden Gemeinden – zwecks gemeinsamer Beteiligung – vorgelegt wurde. Die Stadt Bad Segeberg hat dieses unterzeichnet, und fristgerecht an die Stadt Neumünster gesandt. Als wesentliche Kritikpunkte gegen die Ansiedlung des FOC/ DOC werden hier der Verstoß gegen das interkommunale Abstimmungsgebot gem. § 2 Abs. 2 BauGB und die nicht ausreichende Beachtung der Belange der Wirtschaft i. S. d. § 1 Abs. 6 Nr. 8 lit. a BauGB genannt.

Entscheidend ist für die Umlandgemeinden, dass von einer Realisierung des geplanten Designer-Outlet-Centers keine negativen städtebaulichen Auswirkungen auf die zentralen Versorgungsbereiche der benachbarten Gemeinden ausgehen. Dies hat nach Ansicht der unterzeichnenden Städte und Gemeinden dadurch zu geschehen, dass in den Bebauungsplan Nr. 118 der Stadt Neumünster Festsetzungen, wie die Beschränkung der Verkaufsfläche, der ausschließliche Verkauf bestimmter Produkte (z.B. mind. 51 % Designer-Produkte) ohne Beratungs- und Serviceleistungen und ohne den Einsatz von Kundenbindungssystemen (z.B. Kundenkarten) aufgenommen werden. Die ausführliche Stellungnahme wird dem Protokoll als **Anlage (2)** beigefügt.

12.2 Bebauung „Apothekergarten“

Herr Bürgermeister Hampel berichtet, dass die Absicht, das Grundstück „Apothekergarten“ zu überplanen, erneut an die Stadtverwaltung herangetragen wurde. Eine Überplanung ist aus Sicht der Stadt grundsätzlich zu begrüßen, soweit die Eckpunkte des Gutachtens „Bad Segeberg – Stadt am See“, wie die Ausbildung und Bedeutung dieses Bereiches als Entree zum Neuen Seepark, berücksichtigt werden. Die Aufstellung eines Bebauungsplanes ist in jedem Fall erforderlich. Sofern sich die Planung konkretisiert, wird die Stadtverwaltung des Ausschuss Bauen und Umwelt informieren.

12.3 Energiesparmodule

Frau Langenthal teilt hierzu folgenden Sachstand der Fachabteilung mit: „Ab Frühjahr 2004 wurde durch die Abt. Bauen und Umwelt im Rahmen der Haushaltskonsolidierung geprüft, ob Energieeinspartechniken für die Straßenbeleuchtung installiert werden können. Zur Unterstützung dieses Vorhabens wurde im April 2004 zusätzlich ein Ingenieurbüro für Elektrotechnik eingeschaltet.

Ab Februar 2005 verfügte die Abt. Bauen und Umwelt über umfassende Informationen über Techniken zur Energieeinsparung. Nach Überprüfung der verschiedenen Angebote und auch durch Anfragen bei anderen Städten stellte sich heraus, dass die Stromeinspartechnik der Firma UNI-Technik aus Dresden am effektivsten ist. Die vom BBS in der Sitzung der Stadtvertretung am 14.03.2005 vorgelegten Energiesparmodule der Firma Müller waren nicht geeignet. Diese Technik war von der Verwaltung bereits im Dezember 2004 geprüft worden, sie konnte jedoch nur bei Quecksilberdampf-Hochdrucklampen angewandt werden. Die städtische Beleuchtung besteht aber aus Natriumdampf-Hochdrucklampen, Leuchtstoffröhren und Quecksilberdampf-Hochdrucklampen. Zudem waren die Module von den Stromversorgungsunternehmen nicht zugelassen, da sie die Leistungen der Stromnetze beeinflussen. Eine VDE-Zulassung lag zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls nicht vor. Wobei eine VDE-Zulassung für einen Einsatz nicht entscheidend ist, da damit nur der sicherheitstechnische Zustand eines Gerätes bescheinigt wird und nicht die Leistung.

Zur Erprobung der Einspartechnik wurden im Mai 2005 zwei Energieeinsparmodule der Firma UNI-Technik für den Schaltkreis Ziegelstraße / Hamburger Straße eingebaut, um ihre Funktionsfähigkeit zu prüfen und die tatsächliche Energieeinsparung im Rahmen einer Langzeiterprobung zu messen. Die Berechnungen anhand der Leistungsaufnahme hatten ein rechnerisches Einsparpotential in Höhe von 25 % ergeben, dieses Einsparpotential wurde durch die Kontrollmessungen während der Langzeiterprobung bestätigt. Die Verwaltung hat daraufhin für den Haushalt 2006 Mittel für den Einbau von Energieeinsparmodulen der Firma Uni-Technik für alle 35 Schaltkreise der Straßenbeleuchtung angemeldet. Mit Antrag vom 22.08.2006 für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses wies der BBS ebenfalls auf die zu diesem Zeitpunkt bereits in der Langzeiterprobung befindlichen Module der Firma UNI-Technik hin.

In ihrer Sitzung am 19.09.2006 hat die Stadtvertretung beschlossen, die im Haushalt bereit stehenden Mittel von rd. 115.000,00 € für den Einbau der Module zu verwenden und die durch die Energiesparmaßnahmen und ggf. durch die Nachtabschaltung eingesparten Mittel für die Sanierung der Straßenbeleuchtung zu investieren. Seit Dezember 2006 sind alle Energieeinsparmodule installiert. Sie werden sich im Mittel nach rd. 4 Jahren amortisiert haben. Weitere Stromkosten von rd. 15 % werden im Rahmen der Sanierung durch den Austausch der ca. 1.300 alten mit Quecksilberdampf-Hochdrucklampen bestückten Leuchten gegen neue Leuchten mit Natriumdampf-Hochdrucklampen (gelbes insektenfreundliches Licht) eingespart. Dieses ist auch nur möglich, da die Einsparmodule der Firma Uni-Technik für alle Lampenarten geeignet sind.“

12.4 Teilrahmenplan Verkehr

Frau Langenthal weist darauf hin, dass je eine Arbeitsfassung für die Fraktionen / Parteien vorliegt und gleich mitgenommen werden kann. Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, die Thematik nach Beratung in den Fraktionen in der ersten Sitzungsrunde 2008 wieder auf die Tagesordnung zu nehmen.

12.5 Flächenverbrauch in der Metropolregion Hamburg

Frau Langethal teilt mit, dass in der Metropolregion Hamburg ein Leitprojekt „Zukunft Fläche“ durchgeführt wird. Dieses Leitprojekt wird mit REFINA-Mitteln des Bundesforschungsministeriums gefördert. Es sollen Instrumente zur Steuerung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung verständlich und anwenderfreundlich aufbereitet und Informationsangebote den Ausschüssen und Gemeindevertretungen in der Metropolregion Hamburg bereitgestellt werden. Hierzu findet nun eine Zukunftswerkstatt statt, die sich spezielle auch an KommunalpolitikerInnen wendet. Bei Interesse kann eine Einladung mitgenommen werden. Außerdem werden die KommunalpolitikerInnen gebeten, einen Fragebogen auszufüllen, um die Interessenlage der Kommunalpolitik zu diesem Thema kennen zu lernen.

TOP 13: **Anfragen und Anregungen**

13.1 Fledermauszentrum

Herr Krüger fragt an, wer die Kosten für die Dachsanierung trägt.

Frau Langethal führt aus, dass die Fledermaus gGmbH zunächst in Vorleistung treten muss, um das Dach DIN-gerecht instand setzen zu lassen. Die Klärung der Haftungsfrage wurde an einen Fachanwalt übergeben. Die Möglichkeit, hier ein geneigtes Dach einzubauen, wird verneint, da dies aufgrund der damit verbundenen Gebäudehöhe und der erforderlichen Nutzung der Dachfläche nicht in Frage kommt.

13.2 Baumpflanzungen in der Ziegelstraße

Herr Krüger erkundigt sich, wann der Plan für die Baumpflanzungen in der Ziegelstraße vorgelegt wird.

Frau Langethal berichtet, dass der Plan fertiggestellt ist, sie bisher nur noch nicht dazu gekommen ist, ihn freizugeben. Die Verwaltung wird den Plan Herrn Krüger zukommen lassen.

13.3 Gestaltungssatzung Lübecker Straße

Herr Krüger erkundigt sich danach, wann die Überarbeitung der Gestaltungssatzung auf die Tagesordnung des Ausschusses Bauen und Umwelt gesetzt wird.

Frau Langethal berichtet, dass sich die Überprüfung der Festsetzungen in Arbeit befindet und aufgrund vielfacher anderer Aufgaben bisher nicht abgeschlossen werden konnte.

13.4 Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie

Herr Krüger erfragt den aktuellen Stand.

Frau Langethal berichtet, dass die Kommunen verpflichtet sind, bis zum Sommer 2008 ein Aktionsprogramm vorzulegen. In Teilen müssen diese Leistungen vergeben werden, da Prognoseberechnungen vorgeschrieben sind. Sobald das Aktionsprogramm vorliegt, wird es der Stadtvertretung vorgelegt.

13.5 Rauchverbot an der Kreisberufsschule

Herr Winter bemängelt, dass sich seit dem ausgesprochenen Rauchverbot an der Kreisberufsschule die Raucher auf dem davor gelegenen Gehweg sammeln. Es wird darüber diskutiert, ob hier ein Eingriff der Stadt möglich ist.

Herr Bürgermeister Hampel stellt ein Gespräch mit den Verantwortlichen der Kreisberufsschule in Aussicht.

13.6 Geschwindigkeitsbeschränkung Christiansfelde

Herr Pfeiffer fragt an, inwieweit dem Antrag der Freien Wählergemeinschaft BBS vom 5. April 2007 entsprochen wurde und eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 60 km/h auf dem als Christiansfelde bezeichneten Teil der K7 angeordnet bzw. das Ortsschild an einen anderen Standort versetzt wurde.

Die Anfrage wird an die Fachabteilung zur Prüfung weitergeleitet.

13.7 Bebauung Anne-Frank-Weg

Herr Pfeiffer erkundigt sich danach, wann die noch zur Verfügung stehenden Bauflächen im Anne-Frank-Weg bebaut werden.

Herr Bürgermeister Hampel weist darauf hin, dass hierzu eine Vorlage zur Sitzung der Stadtvertretung vorgelegt wird.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Vorbeck, schließt die Sitzung um 21:07 Uhr.

gez. Thomas Vorbeck

(Vorsitzender)

gez. Ute Heldt

(Protokollführerin)